

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat in Genf mehrheitlich einen historischen Vertrag zum Verbot und zur Abschaffung aller Atomwaffen beschlossen.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 121/17 – 23.07.17

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat einen historischen Vertrag zum Verbot der Atomwaffen beschlossen

Nordkorea hat als einziger Atomwaffenstaat der Resolution L.41 zugestimmt, mit der die Verhandlungen über diesen Vertrag in Gang gesetzt wurden

Von Carla Stea

Global Research, 12.07.17

(<http://www.globalresearch.ca/united-nations-adopts-historic-treaty-on-the-prohibition-of-nuclear-weapons/5598831>)

Am 7. Juli 2017 gegen 11 Uhr hat Elayne Whyte Gomez, die Botschafterin Costa Ricas bei den Vereinten Nationen in Genf und Präsidentin der "United Nations Conference to Negotiate a Legally Binding Instrument to Prohibit Nuclear Weapons, Leading Towards their Total Elimination" (der Konferenz der Vereinten Nationen zum Aushandeln einer rechtsverbindlichen Vereinbarung über ein Verbot der Atomwaffen und deren endgültige Abschaffung), verkündet, dass der ausgehandelte Vertrag von 122 Staaten beschlossen wurde – bei einer Neinstimme der Niederlande, die stellvertretend für alle NATO-Staaten abgegeben wurde, und der Enthaltung Singapurs (s. https://s3.amazonaws.com/unoda-web/wp-content/uploads/2017/07/A.Conf_.229.2017.L.3.Rev_.1.pdf); auf diesen Vertrag wird seit 70 Jahren gewartet (s. dazu auch <https://www.youtube.com/watch?v=lwTEx1jixSE>).

Botschafterin Whyte hat mitgeteilt, nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses seien viele Botschafter, weitere Delegierte und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen im Konferenzraum 1 (in Genf) aufgestanden, hätten sich umarmt und diesen historischen, lange überfälligen, von einer Mehrheit von 122 Staaten gefassten Beschluss beklatscht; diese Staaten haben alle keine Atomwaffen, sind sich aber einig darüber, dass die Schreckensherrschaft der Atomwaffenstaaten über die Welt beendet werden muss (s. dazu auch <https://www.un.org/disarmament/ptnw/index.html>).

Es folgen Auszüge aus der Einleitung dieses denkwürdigen Vertrages (der unter <http://undocs.org/A/CONF.229/2017/8> nachzulesen ist):

"Die Staaten, die diesem Vertrag zugestimmt haben,

Absatz 1 – versichern, sich für die Verwirklichung der Absichten und der Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen einzusetzen,

Abs. 2 – sind sehr besorgt über die katastrophalen humanitären Folgen, die jeder Einsatz von Atomwaffen hätte, und erkennen demzufolge an, dass es notwendig wäre, die Atomwaffen vollständig abzuschaffen, weil nur so verhindert werden kann, dass sie noch einmal irgendwo eingesetzt werden,

Abs. 4 – wissen, dass die katastrophalen Folgen von Kernwaffen grenzüberschreitend wirken und das Überleben der Menschheit, die Umwelt, die gesellschaftliche Entwicklung, die Weltwirtschaft, die Versorgung mit Nahrungsmitteln und die Gesundheit der

gegenwärtigen und der zukünftigen Generationen gefährden und wegen der ionisierenden Strahlung besonders Frauen und Mädchen (im gebärfähigen Alter) schädigen,

Abs. 5 – sehen die atomare Abrüstung als moralische Verpflichtung an und halten eine atomwaffenfreie Welt für höchst erstrebenswert, weil sie sowohl nationalen als auch internationalen Sicherheitsinteressen dient,

Abs. 9 – verweisen auf die Grundsätze und Regeln des humanitären Völkerrechts, insbesondere auf den Grundsatz, dass bei bewaffneten Konflikten die Wahl der Waffen nicht völlig freigestellt ist, sondern so erfolgen muss, dass das verursachte Leiden, die Anzahl der Verwundeten und Getöteten und die Schädigung der Natur möglichst gering bleiben,

Abs.10 – weisen darauf hin, dass jeder Einsatz von Atomwaffen gegen die Regeln des Völkerrechts und insbesondere gegen das in bewaffneten Konflikten geltende humanitäre Völkerrecht verstößt,

Abs. 11 – erinnern daran, dass jeder Einsatz von Atomwaffen auch nicht mit den Grundsätzen der Menschlichkeit und den allgemein anerkannten Moralvorstellungen vereinbar ist,

Abs.14 – sind besorgt über fehlende Fortschritte bei der atomaren Abrüstung, die Beibehaltung von Atomwaffen in den Planungen und sicherheitspolitischen Konzepten der Militärs und über die Verschwendung von wirtschaftlichen und menschlichen Ressourcen für die Produktion, Wartung und Modernisierung von Atomwaffen."

In der in 24 Absätze gegliederten Einleitung werden unwiderlegbare Gründe für die dringend erforderliche Umsetzung dieses Vertrages durch alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen benannt. Wir verweisen deshalb ausdrücklich auf den vollen Text dieses Vertrages (der – wie oben bereits angegeben – unter <http://undocs.org/A/CONF.229/2017/8> aufzurufen ist) und zitieren weitere wichtige Auszüge.

Der eigentliche Vertrag umfasst 20 Artikel. In Artikel 1 sind folgende Verbote aufgeführt:

1. Jeder Staat, der dem Vertrag beitrifft, verpflichtet sich dazu, unter keinen Umständen

(a) Atomwaffen oder atomare Sprengkörper zu entwickeln, zu testen, zu produzieren zu erwerben, zu besitzen oder zu lagern;

(b) Atomwaffen oder atomare Sprengkörper direkt oder indirekt an andere Staaten weiterzugeben oder ihnen die Kontrolle darüber zu übertragen;

(c) Atomwaffen oder atomare Sprengkörper oder die Kontrolle darüber direkt oder indirekt von anderen Staaten zu übernehmen;

(d) jemals Atomwaffen oder atomare Sprengkörper einzusetzen oder mit deren Einsatz zu drohen;

(e) einen diesem Vertrag beigetretenen Staat zu Verstößen dagegen zu ermutigen oder ihn dabei zu unterstützen;

(f) sich von einem anderen Staat, der gegen diesen Vertrag verstößt, unterstützen zu lassen;

(g) einem anderen Staat die Stationierung, Installation oder Aufstellung irgendwelcher Atomwaffen oder atomarer Sprengkörper auf seinem eigenen Territorium oder in einem von ihm kontrollierten Gebiet zu erlauben."

Obwohl keiner der Staaten, die Atomwaffen besitzen, an den Verhandlungen teilgenommen hat, die vor der Verabschiedung dieses Vertrages stattgefunden haben, ist er trotzdem eine großartige Leistung der Vereinten Nationen und die Erfüllung einer der wichtigsten in der Charta der Vereinten Nationen (s. <http://www.unric.org/de/charta>) enthaltenen Aufträge. Die Mitgliedstaaten, die an dem langen und zermürbenden Prozess teilgenommen haben, in dem dieser Vertrag ausgehandelt wurde, hoffen, dass mit seiner Annahme eine rechtliche Grundlage zur Verfügung steht, die entsprechenden Druck auf die Staaten ausübt, die Atomwaffen besitzen, damit sie erkennen, dass der Besitz von Atomwaffen gegen das Völkerrecht verstößt. Der von den Vereinten Nationen angenommene neue Vertrag stigmatisiert die Atomwaffenstaaten, weil der Besitz dieser schlimmsten Massenvernichtungswaffen jetzt illegal ist.

Auf der Sitzung (der Vereinten Nationen) am 26. September 2016, auf der die Erarbeitung dieses Vertrages beschlossen wurde, ist auch betont worden, dass es bereits Verträge gibt, die den Besitz und Einsatz von biologischen und chemischen Waffen verbieten, der Besitz und Einsatz von Atomwaffen, der verheerendsten und schrecklichsten aller Massenvernichtungswaffen, die jemals von Menschen erdacht wurden, aber noch nicht verboten ist. Damals haben viele Staaten, besonders aber Südafrika und Schweden, in beeindruckenden Reden das jetzt beschlossene Atomwaffenverbot gefordert.

Am 27. Oktober 2016 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit der Resolution L.41 beschlossen, im Jahr 2017 über "eine rechtlich bindende Vereinbarung zum Verbot und zur Abschaffung aller Atomwaffen zu verhandeln". Es ist von großer Bedeutung, dass von allen Staaten, die Atomwaffen besitzen, nur die Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea) diesen Verhandlungen zugestimmt hat; das ist eigentlich ein unwiderlegbarer Beweis dafür, dass die Atomwaffen Nordkoreas ausschließlich zu seiner Verteidigung dienen sollen.

Eine Presseerklärung der USA, Großbritanniens und Frankreichs

Am 7. Juli gegen 13 Uhr haben die Botschafter der USA, Großbritanniens und Frankreichs eine gemeinsame Presseerklärung abgegeben, in der zu lesen ist:

"Frankreich, Großbritannien und die USA haben nicht an den Verhandlungen über diesen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen teilgenommen. Wir haben auch nicht vor, ihn zu unterzeichnen, zu ratifizieren oder ihm jemals beizutreten."

In dieser Erklärung wird dann die völlig irrationale und absurde Behauptung aufgestellt, der neue Vertrag vertiefe nur die Spaltung der Welt – in einer Zeit, in der sie zusammenstehen müsse, weil die von den Atomwaffen Nordkoreas ausgehende Bedrohung ständig wachse. Zudem biete der Vertrag auch keine Lösung der großen Probleme an, die von den Atomwaffen Nordkoreas ausgingen.

Kein vernünftiger Mensch käme auf den Gedanken, dass von der vermutlich sehr geringen Anzahl von Atomwaffen, die sich Nordkorea zu seiner Verteidigung verschafft hat, eine ähnlich große Bedrohung wie von den über 15.000 modernsten Atomwaffen ausgehen

könnte, die sich in den Arsenalen der USA, Großbritanniens und Frankreichs befinden und die alles Leben auf der Erde auslöschen könnten. Der zynische Versuch, die riesigen Atomwaffenarsenale der drei Staaten mit den wenigen, nur der Verteidigung dienenden Atomwaffen Nordkoreas zu rechtfertigen, offenbart auch die gefährliche Paranoia, unter der diese mächtigen Staaten zu leiden scheinen. Sogar die *New York Times* hat am 9. Juli auf Seite 10 zugegeben:

"Während des Koreakrieges haben US-Bomber Tausende Tonnen Bomben auf Nordkorea abgeworfen. Da dieser Konflikt noch immer schwelt, behauptet Nordkorea, es brauche Atomwaffen, um sich gegen einen erneuten US-Angriff schützen zu können."

Es hat überrascht, dass die USA, Großbritannien und Frankreich eine Presseerklärung abgegeben haben, die eindeutig gegen den (seit dem 5. März 1970 geltenden) Atomwaffensperrvertrag (Text s. unter http://www.atomwaffena-z.info/fileadmin/user_upload/pdf/NPT-Vertrag.pdf) verstößt. Der Artikel 6 dieses Vertrages lautet: "Jede Vertragspartei verpflichtet sich, in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle." Genau das sieht doch der neue Vertrag über das Verbot aller Atomwaffen vor.

Die Autoren dieser Presseerklärung (der drei westlichen Atomwaffenstaaten) stellen sich offensichtlich über das Völkerrecht und fühlen sich nicht an irgendwelche rechtlichen Einschränkungen beim Einsatz militärischer Gewalt gebunden. Mit dieser Presseerklärung haben die USA, Großbritannien und Frankreich jede moralische Berechtigung auf eine dauerhafte Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und zur Verhängung von Sanktionen gegen Nordkorea verwirkt. Wegen Übertretung des Atomwaffensperrvertrages sollten sie selbst mit Sanktionen belegt werden. Ihre Weigerung, den neuen Vertrag als Bestandteil des humanitären Völkerrechts, das eine wichtige Säule dieses Vertrages ist, zu akzeptieren, straft ihr angebliches Eintreten für humanitäre Belange Lügen, das sie in ihren Reden im Sicherheitsrat immer wieder beteuern.

Der 7. Juli 2017 wird trotzdem als denkwürdiges Datum in die Geschichte der Vereinten Nationen eingehen – als der Tag, an dem sich die Mehrheit der Entwicklungsländer und viele verantwortungsbewusste entwickelte Länder den Atomwaffenstaaten und dem unmoralischen Besitz von Atomwaffen entgegengestellt und diese Horrorinstrumente, auf deren Einsatz nur Wahnsinnige beharren können, geächtet haben.

Carla Stea ist Global-Research-Korrespondentin beim Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern und Hervorhebungen versehen. Es ist bezeichnend, dass die Merkel-Gabriel-Regierung noch nicht einmal ein eigenes Votum abgegeben, sondern sich hinter dem von den Niederlanden vertretenen ablehnenden Votum der NATO versteckt hat. Anschließend drucken wir der Originaltext ab.)

United Nations Adopts Historic Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons North Korea, Alone Among Nuclear States, Voted “Yes” on Res. L.41 Authorizing this Treaty

By Carla Stea, July 12, 2017

At approximately 11AM on July 7, 2017, following a recorded vote of 122 states in favor, 1 opposed (Netherlands in opposition, on behalf of all NATO states), and 1 abstention (Singapore), Ambassador Elayne Whyte Gomez, Costa Rican Ambassador to the UN in Geneva, and President of the “United Nations Conference to Negotiate a Legally Binding Instrument to Prohibit Nuclear Weapons, Leading Towards their Total Elimination,” announced the adoption of this treaty, which had been awaited for 70 years, the legally binding norm prohibiting nuclear weapons.

Following Ambassador Whyte’s announcement, the entire assembly of ambassadors, other delegates and non-government organizations in Conference Room 1 immediately stood, many embraced and all 122 States in support exultantly applauded this historic and long overdue achievement by the majority of member states of the United Nations, none of whom possess nuclear weapons, and all of whom are unified in seeking to end the reign of terror imposed on the world by certain of the states possessing nuclear weapons.

Excerpts from the preamble to this landmark treaty state:

“The States Parties to this Treaty,

PP1: Determined to contribute to the realization of the purposes and principles of the Charter of the United Nations,

PP2: Deeply concerned about the catastrophic humanitarian consequences that would result from any use of nuclear weapons, and recognizing the consequent need to completely eliminate such weapons, which remains the only way to guarantee that nuclear weapons are never used again under any circumstances,

PP4: Cognizant that the catastrophic consequences of nuclear weapons cannot be adequately addressed, transcend national borders, pose grave implications for human survival, the environment, socioeconomic development, the global economy, food security and the health of current and future generations, and have a disproportionate impact on women and girls, including as a result of ionizing radiation,

PP5: Acknowledging the ethical imperatives for nuclear disarmament and the urgency of achieving and maintaining a nuclear-weapon-free world, which is a global public good of the highest order, serving both national and collective security interests,

PP9: Basing themselves on the principles and rules of international humanitarian law, in particular the principle that the right of parties to an armed conflict to choose methods or means of warfare is not unlimited, the rule of distinction, the prohibition against indiscriminate attacks, the rules on proportionality and precautions in attack, the prohibition on the use of weapons of a nature to cause superfluous injury or unnecessary suffering, and the rules for the protection of the natural environment,

PP10: Considering that any use of nuclear weapons would be contrary to the rules of international law applicable in armed conflict, in particular the principles and rules of international humanitarian law,

PP11: Reaffirming that any use of nuclear weapons would also be abhorrent to the principles of humanity and the dictates of public conscience,

PP14: Concerned by the slow pace of nuclear disarmament, the continued reliance on nuclear weapons in military and security concepts, doctrines and policies, and the waste of economic and human resources on programmes for the production, maintenance and modernization of nuclear weapons,”

The 24 paragraphs of the preamble set forth incontestable reasons for the imperative and immediate adoption of this treaty by all member states of the United Nations. Reference to the full text of this treaty makes this imperative explicit, and in great detail.

The operative section of the treaty includes 20 Articles. Article 1, entitled “Prohibitions” states:

“1. Each State Party undertakes never under any circumstances to:

Develop, test, produce, manufacture, otherwise acquire, possess or stockpile nuclear weapons or other nuclear explosive devices;

Transfer to any recipient whatsoever nuclear weapons or other nuclear explosive devices or control over such weapons or explosive devices directly or indirectly;

Receive the transfer of or control over nuclear weapons or other nuclear explosive devices directly or indirectly;

Use or threaten to use nuclear weapons or other nuclear explosive devices;

Assist, encourage or induce, in any way, anyone to engage in any activity prohibited to a State Party under this Treaty;

Seek or receive any assistance, in any way, from anyone to engage in any activity prohibited to a State Party under this Treaty;

Allow any stationing, installation or deployment of any nuclear weapons or other nuclear explosive devices in its territory or at any place under its jurisdiction or control.”

Although none of the states possessing nuclear weapons participated in the negotiations leading to the adoption of this treaty, it is, nevertheless a major achievement of the United Nations, and a fulfillment of one of the most important sections of the United Nations Charter. It is the expectation of those member states who participated in this long and grueling process culminating in the successful adoption of this treaty, that the very establishment of this treaty provides a legal norm which will exert significant pressure upon the states possessing nuclear weapons, and places the nuclear weapons states in de facto violation of international law. This newly adopted United Nations based legal norm stigmatizes the nuclear weapons states precisely for their possession of these ultimate weapons of mass destruction.

During the September 26, 2016 meeting calling for this treaty, it was emphasized that there are treaties prohibiting the possession and use of biological weapons, there are treaties

prohibiting the possession and use of chemical weapons, but at that time there was absolutely no legal prohibition against the possession and use of the most devastating and horrific of all weapons of mass destruction ever devised by the human species, nuclear weapons. At that time powerful calls for this just adopted treaty were made by many states, in particular, forceful and eloquent speeches by South Africa, Sweden and numerous others.

On October 27, 2016 the UN General Assembly voted on Resolution L.41, to convene negotiations in 2017 on a “legally binding instrument to prohibit nuclear weapons, leading towards their total elimination.” It is of great significance that, alone among the states possessing nuclear weapons, only the Democratic People’s Republic of Korea voted “yes,” in support of these negotiations to create a “legally binding instrument to prohibit nuclear weapons,” which is powerful and virtually incontestable evidence that North Korea’s possession of nuclear weapons is purely and exclusively defensive.

The Press Statement by the US, UK, and France

At 12:51 AM on July 7, a joint press statement was issued by the Ambassadors of the United States, the United Kingdom and France, and reads:

“France, the United Kingdom and the United States have not taken part in the negotiation of the treaty on the prohibition of nuclear weapons. We do not intend to sign, ratify or ever become party to it.”

The statement then comments, irrationally, and absurdly, that the new treaty will create “even more divisions at a time when the world needs to remain united in the face of growing threats, including those from the DPRK’s ongoing proliferation efforts. This treaty offers no solution to the grave threat posed by North Korea’s nuclear program.”

No sane person would consider that the tiny number of defensive nuclear weapons allegedly possessed by the Democratic People’s Republic of Korea could possibly be a threat in any way comparable to the more than 15,000 advanced, sophisticated nuclear weapons possessed by the US, the UK and France, a nuclear arsenal capable of obliterating all life on earth. The exploitation of the DPRK’s tiny defensive weapons as a cynical justification for retaining the gargantuan arsenals possessed by the authors of this press statement also reveals dangerous paranoia by the most militarily powerful nations on earth. Indeed, even The New York Times, on July 9, page 10 acknowledges that:

“During the Korean War, North Korea was hit with thousands of tons of American bombs. The conflict technically continues, and North Korea claims it needs a robust defense program to protect itself in case of a renewed American attack.”

It is surprising that the U.S., the U.K. and France have issued a statement flaunting their violation of the Nuclear Non-Proliferation treaty: they are required by Article 6 of that treaty “to pursue negotiations in good faith on effective measures relating to cessation of the nuclear arms race at an early date and to nuclear disarmament, and on a treaty on general and complete disarmament under strict and effective international control,” which is precisely what the new Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons constitutes.

The authors of this press statement evidently consider themselves above international law, and not beholden to any legal restrictions on their use of force. With this press statement, the US, the UK and France have forfeited moral legitimacy, and as permanent members of the Security Council are divested of any authority to sanction North Korea. Further, they should themselves be sanctioned for their violation of the Nuclear Non-Proliferation Treaty.

Their indifference to this new treaty's basis in international humanitarian law, one of the treaty's pillars, gives the lie to their pretense of concern for humanitarian considerations which they frequently cite, deceptively, during their speeches at the Security Council.

But July 7, 2017 will remain a pivotal date in the history of the United Nations, the day on which the majority of countries of the developing world, and many of the responsible and mature nations of the "developed world" have confronted the nuclear states with the uncivilized character of their possession of nuclear weapons, and the moral and practical imperative of divesting themselves of these insane instruments of horror.

Carla Stea is Global Research's correspondent at United Nations Headquarters, New York, N.Y.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern